

Eine Information der SPD-Ratsfraktion Mönchengladbach

2/2006

Stillstand in Mönchengladbach!

Zu Beginn ein Rückblick in Dezember 2005: Hier ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Dr. Hütter, in der Wahl zum Dezernenten an der eigenen Mehrheit gescheitert. Seitdem herrscht bei den Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP Stillstand

- die Haushaltsberatungen in den Herbst verschoben
- Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes vertagt
- Reduzierung von Stadtbezirken auf Ende nächsten Jahres vertagt, usw.

Um die Koalition des Stillstandes zu retten, einigt man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, der da heißt: Nichts wird entschieden, alles



Lothar Beine

vertagt! Auch wenn die Rheinische Post diese Einigung auf Vertagung wohlwollend kommentierte:

"Und sie bewegt sich doch", stellte **Lothar Beine** in der Ratssitzung fest: "Die Koalition

des Stillstands täuscht lediglich Bewegung vor, indem sie noch heftiger als sonst auf der Stelle tritt!"

Die Stadt braucht Entscheidungen

"Wer sich nicht bewegt, weil er sich seiner Mehrheiten nicht sicher ist, bewegt auch nichts für unsere Stadt", so **Lothar Beine** weiter. Aus Sicht der **SPD** gibt es keine Notwendigkeiten, die Verabschiedung des Haushalts in den Herbst zu verschieben. Die Finanzierung des ECE-Projektes betrifft den



Richtiger Standort für ECE-Einkaufszentrum

Haushalt 2006/07 nicht unmittelbar, sondern lediglich die mittelfristige Finanzplanung.

Das Projekt kann dabei durch eine Sonderfinanzierung, in die Erträge aus mehreren Projekten, wie Bökelberg, eingebracht werden, sichergestellt werden.

Für das ECE-Projekt stellt die **SPD** dabei weiterhin unmissverständlich klar: "Mit uns wird es keine Realisierung im Berggarten geben! Wir brauchen und wir wollen zukunftsfähige Projekte im Zentrum der Stadt, aber an der richtigen Stelle und in der richtigen Größe".

Die **SPD** unterstützt ausdrücklich den neuerlichen Anlauf des Projektes Haus Westland. "Auch dieses Projekt ist städtebaulich als Visitenkarte der Stadt und als zentrale Stelle für den Bürgerservice der Stadtverwaltung wichtig", so **Lothar Beine**.

Vorzeitiger Beginn von Maßnahmen

Nach heftiger Kritik der SPD an der Vertagung der Haushaltsberatung ist dem Rat vom Kämmerer eine Liste mit Maßnahmen vorgelegt worden, für die ein Baubeginn vor-



Brucknerallee - Golfplatz der FDP

zeitig erfolgen soll. **Lothar Beine**: "Wichtig ist, dass Maßnahmen im Schulbereich oder im Straßenbau, wie auf der Brucknerallee schnellstmöglich begonnen werden."

Blockade der Mehrheit

Die Mehrheitsfraktionen beschränken sich seit Monaten nur noch darauf, sich um die Besetzung von lukrativen Stellen zu rangeln und die Arbeit von OB Norbert Bude zu behindern.

Verantwortung für unsere Stadt

Mit Blick auf die Zukunft der Stadt ist dieses Handeln von CDU und FDP schlicht verantwortungslos! **Lothar Beine**: "Die **SPD** ist bereit, Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Wir haben einige Anträge gestellt und werden konstruktiv aus der Oppositionsrolle mitarbeiten!"

SPD-Fraktion lehnt Erhöhung der Kindergarten-Beiträge ab!

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Novellierung des Gesetzes für Kindertageseinrichtungen auf den Weg gebracht. Dieses soll zum 1. August 2006 in Kraft treten. Demnach wird das Land die bisherige Elternausgleichszahlung nicht mehr übernehmen. In der Konsequenz daraus wird den



Frank Drathen

Kommunen überlassen, die Höhe der Kindergartenbeiträge selbst zu bestimmen. Für Mönchengladbach bedeutet dies eine Minderung gegenüber dem bisherigen Landeszuschuss in Höhe von 1,58 Millionen Euro. Demnach

würden die Elternbeiträge für Kindertagesstätten bei Anpassung der fehlenden Finanzmittel um 32 Prozent steigen. "Aus familienpolitischer Sicht ist dies nicht akzeptabel und wäre zudem ein völlig falsches Signal. Eine Erhöhung der Beiträge widerspricht einer kinder- und familienfreundlichen Ausrichtung der Stadt als wesentlicher Bestandteil des Leitbildes 2030", erklärt der **jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ratsherr Frank Drathen**.

Der durch die Gesetzesnovellierung resultierende Fehlbetrag in Höhe von 1,6 Millionen Euro wäre im Haushalt zu kompensieren.

Hierbei ist erwähnenswert, dass die CDU-Abgeordneten Schroeren und Post im Landtag dieser Kürzung zugestimmt haben und zugleich im Rat der Stadt dieses Abstimmungsverhalten kritisieren. Auf Nachfragen seitens der **SPD-Fraktion** stellte Stadtdirektor Kuckels (FDP) in seiner Eigenschaft als Kämmerer eindeutig fest, dass die schwarz-gelbe Landesregierung durch die Kürzung zugleich die Erhöhung der Kindergarten-Beiträge verlangt.

Die **SPD-Fraktion** lehnt diesen eingeschlagenen Weg ab. Es bleibt festzuhalten, dass die FDP/CDU Landesregierung die Stadt erneut im Stich lässt. "Eine Erhöhung widerspricht der angestrebten Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor der Problematik einer kinderarmen Gesellschaft und führt im Wettbewerb der Städte zu einem deutlichen Standortnachteil", betont **Frank Drathen**.

Mehr Sicherheit in Mönchengladbach- Thema erneut vertagt

Für den Kommunalen Ordnungsdienst fordert die **SPD-Fraktion**, endlich die 1998 eingerichteten sieben Stellen zu besetzen, zugleich aber auch eine aktuelle Aufgabenbeschreibung in einer Konzeption zu definieren, die die zwischenzeitlichen Erfahrungen aus anderen Städten einbezieht.

Der Rat hat am 11.02.1998 mit großer Mehrheit die Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes beim Amt für Öffentliche Ordnung in einer Stärke von vorerst sieben Mitarbeitern beschlossen. Die

SPD-Antrag kompakt

Der Personalausschuss beschließt die Besetzung der im Stellenplan vorgesehenen sieben Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst in 2006.

Der Personalausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Rat beschließt:

Die Verwaltung erstellt für die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes eine Konzeption auf Grundlage des Beschlusses vom 11.02.1998 und legt diese dem Personalausschuss, Hauptausschuss und Rat zur weiteren Beschlussfassung vor.

stellenplanmäßigen Voraussetzungen wurden anschließend umgesetzt, jedoch sind die Stellen bis heute nicht besetzt. Der Kommunale Ordnungsdienst sollte schwer-

wichtig in den Zentrumsbereichen der beiden Innenstädte sowie zusätzlich in im Einzelfalle festzulegenden Gebieten, zum Einsatz kommen. Bestandteil aller Überlegungen ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizeibehörde und den City-Managements. Zugleich



Vandalismus

müssen auf der anderen Seite Ansprechpartner aus dem sozialen Bereich, wie Streetworker zur Verfügung stehen. In der Konzeption müssen die zwischenzeitlichen Erfahrungen aus anderen Städten einbezogen werden.

“Die erneute Vertagung zeigt, dass die momentane Handlungsunfähigkeit der FDP/CDU-Mehrheit auch die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger verletzt,” so **Ratsherr Thomas Fegers, Sprecher der SPD-Fraktion im Personalausschuss**.

6. - 17. September 2006:

Hockey-WM in Mönchengladbach

Es weht WM-Luft in Mönchengladbach. Noch nie zuvor wurde die Hockey-Weltmeisterschaft in Deutschland ausgetragen. Die 12 besten Hockey-Nationalmannschaften werden im neuen Warsteiner HockeyPark auflaufen und eines garantiert nicht tun: eine ruhige Kugelschieben. Die deutsche Hockey-Elf ist der Titelverteidiger und einer der Top-Favoriten auf die Weltmeisterschaft 2006.

Internationale Gäste werden unsere Stadt besuchen. Mönchengladbach wird sich als guter Gastgeber und sportbegeisterte Stadt präsentieren.



Mehr Infos unter:

www.hockey-hauptstadt.de

Alle Karten erhalten Sie über die Hotline 01805-4470 (0,12 Euro/min) oder über www.ticketonline.de

Bildungsforum der SPD - Ehrung für Rombey

Im Rahmen eines Bildungsforums der **SPD-Fraktion** und des **SPD-Unterbezirks** diskutierten 65 Teilnehmer, darunter viele aus den Mönchengladbacher Schulen, das Thema: “Aufgaben einer zukünftigen Schulentwicklung”. Hierzu hat **Prof. Dr. Hans Günter Rolff** Kernaussagen zur Entwicklung der

Wissengesellschaft und hieraus resultierenden Folgen für die zukünftige Schulstruktur getroffen. Nach seiner Einschätzung stehen Gesellschaft und Schule am Scheideweg. In der Frage Zweigliedrigkeit oder Schule für Alle positionierte sich **Prof. Dr. Rolff** eindeutig zur Gemeinschaftsschule für Alle.



v.l.n.r. Rolff, Elsen, Rombey, Tillmann MdL, Beine

Rolff: “Nicht zuletzt aus den Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft begründet sich die Gemeinschaftsschule, eine Schule für alle Kinder, die aus einer Verlängerung der Grundschule erwächst, durch Fachunterricht ausdifferenziert wird und sich durch selbständiges sowie kooperatives Lernen auszeichnet. Für mich besteht im Augen-

blick eine historische Chance. Wie wir sehen, kommen in diesen Zeiten die arbeitsmarktpolitischen und reformpädagogischen Gründe zusammen. Wir sollten diese Chance nutzen. Wer weiß, wann sie wieder kommt.” Der Vortrag kann auf der Homepage der Fraktion abgerufen oder in der Fraktionsgeschäftsstelle angefordert werden.

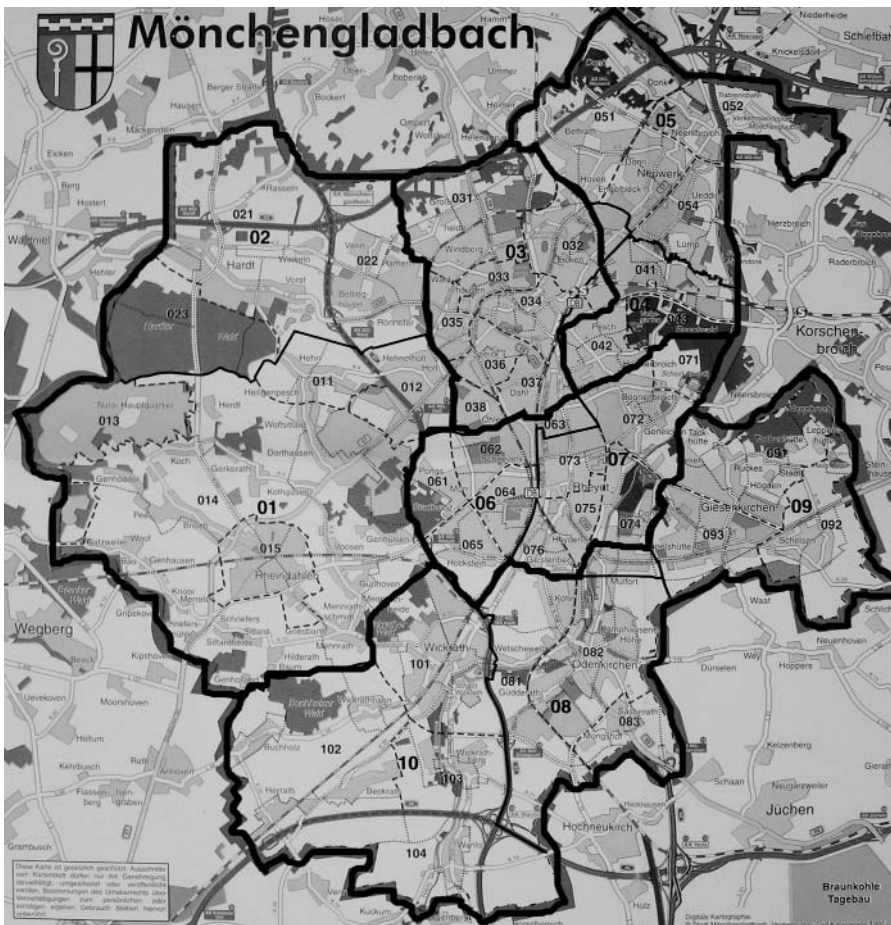
Willy-Brandt-Plakette für Rombey

Im Rahmen des Bildungsforums wurde **Wolfgang Rombey** für seine Verdienste als Dezernent für Bildung, Kultur und Sport in Mönchengladbach durch den örtlichen **SPD Vorsitzenden Hans-Willi Körfges MdL** mit der Willy-Brandt-Plakette ausgezeichnet. **Wolfgang Rombey** ist jetzt als Stadtdirektor in Aachen für Bildung und Kultur verantwortlich. Vor einem Jahrzehnt haben **Rombey** und **Prof. Dr. Rolff** den ersten Schulentwicklungsplan für Mönchengladbach erarbeitet.

SPD: Fünf Stadtbezirke reichen aus

Lothar Beine, SPD-Fraktionsvorsitzender: "Die Stadt muss zusammenwachsen. Das Pochen auf Eigenständigkeit der bisherigen Bezirke hat erhebliche Nachteile. Es lähmt zu viele Entscheidungsprozesse. Nun ist es

West **06**) werden neue Stadtbezirke gebildet. Die bisherigen Stadtbezirke Rheindahlen-Holt **01** und Hardt-Venn **02** werden zu einem neuen Stadtbezirk West zusammengelegt. Die Stadtbezirke Volksgarten **04** und Neu-



Zeit, auch strukturell zusammenwachsen zu lassen, was zusammengehört."

Als Vorschlag zur Reduzierung der Stadtbezirke greift die **SPD-Fraktion** auf die Variante aus 2001 zurück, die nur sehr knapp im damaligen Ratsbeschluss gescheitert ist.

Demnach soll die Anzahl der Stadtbezirke in Mönchengladbach bis zur nächsten Wahlperiode auf fünf reduziert werden. Neben den zentralen Stadtbezirken Mönchengladbach **03** und Rheydt (bestehend aus den bisherigen Bezirken Rheydt-Mitte **07** und Rheydt-

werk **05** bilden den Stadtbezirk Ost, wobei der Bereich der "City Ost" dem Stadtbezirk Mönchengladbach-Mitte zugeschlagen wird. Dafür wird im Bereich der Alsstraße und Künkelstraße entlang der Bahnlinie zwischen den Stadtbezirken Mönchengladbach und Ost eine Begründung vorgenommen.

Die bisherigen Stadtbezirke Giesenkirchen **09**, Odenkirchen **08** und Wickrath **10** werden unter Einbeziehung der Giesenkirchener Straße, des Römerbrunnens und der Dorfstraße zu einem weiteren Stadtbezirk Süd zusammengeschlossen. **Lothar Beine:** "Rück-

blickend kann nur festgestellt werden, dass der damalige Mehrheitsbeschluss die Stadt nicht weitergebracht hat. Die Bezirke haben an Einfluss verloren und die politische Entscheidungsfindung ist für viele Projekte in der Stadt zu kleinteilig. Allerdings darf nach Auffassung der **SPD-Fraktion** das Bürgerserviceangebot nicht eingeschränkt werden.



FDP/CDU auf dem Post-Weg

Lothar Beine: "Die von der FDP/CDU-Mehrheit durchgesetzte Beauftragung der Verwaltung, eine neue Konzeption, wie bereits in 2001 erarbeitet, zu erstellen bedeutet reine Beschäftigungstherapie für die städtischen Mitarbeiter. Bewegung ist auch, wenn man auf der Stelle tritt. Nur Mönchengladbach bleibt dabei stehen."

Wir suchen Beigeordnete: Neues Spiel-Neues Glück?

Die Nichtwahl von Wolfgang Rombey und das anschließende Ausschreibungs- und Wahlverfahren waren nicht nur peinlich, sondern haben dem Ansehen der Stadt immens geschadet. Es ist zurzeit nicht erkennbar, wann die wichtige Dezernentenstelle für die Bereiche Bildung, Kultur und Sport wieder besetzt werden kann.

Hier hilft auch der erneute Vorstoß der FDP/CDU-Mehrheit, die Stelle erneut auszusuchen, nicht weiter.

Lothar Beine: "Nach dem Fiasko im letzten Jahr sollte endlich im Rahmen einer Personalfindungskommission und der Einschaltung einer Personalberatungsfirma eine qualifizierte Nachfolge gesucht werden. Andere Städte haben mit diesem Verfahren gute Erfahrungen gemacht."



Wir wünschen Ihnen erholsame Ferien und einen guten Start in die Zeit danach!

SPD: Privatisierung der Notfallrettung ist verantwortungslos

“Elementare Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht zum Spielball des politischen Handelns werden”, so



Guido Mevissen

Guido Mevissen, Sprecher der SPD-Fraktion im fachlich zuständigen Umweltausschuss.

Auf Antrag der FWG-Fraktion befasste sich der Rat mit der Verlagerung der Notfallrettung von der Feuerwehr auf private Anbieter und Hilfsdienste.

Dieser wurde auf Antrag von FDP/CDU in einem Prüfauftrag modifiziert. Von einer Verlagerung wären 61 städtische Angestellte im Rettungsdienst betroffen, was in der Konsequenz auch zu betriebsbedingten Kündigungen führen würde. Es sind hochqualifizierte Rettungsassistenten- und Sanitäter, die eine Notfallrettung auf hohem Niveau in Mönchengladbach garantieren.

Die Stadt hat einen Sicherstellungsauftrag und muss gewährleisten, dass die Rettung im Notfall innerhalb einer bestimmten Zeitfrist erfolgt: Innerhalb von acht Minuten müssen die Retter mit dem Rettungswagen vor Ort sein, Krankenwagen haben im Vergleich 90 Minuten Zeit. Standorte von

Feuerwehr-Einsatzstellen und Wachen orientieren sich auch in Mönchengladbach an der Acht-Minutengrenze.

Guido Mevissen: “Große Sorgen bereiten uns im Falle der Privatisierung insbesondere die verschiedenen Verantwortlichkeiten zwischen privaten Rettungsdiensten und der weiterhin städtischen Leitstelle. Es ist be-



kannt, dass nur eine hervorragende Kommunikationsstruktur zwischen Leitstelle und den Rettern im Einsatzwagen die Einhaltung der Acht-Minutengrenze sicherstellt. Die Berufsfeuerwehr leistet hervorragende Arbeit und allein dies macht einen Prüfauftrag hinfällig.”

Zugleich ist eine klare Führungs- und Verantwortungsstruktur nur in der Feuerwehr gegeben. Notfallrettung, Brandbekämpfung und Bergung müssen oft an einer Einsatzstelle in Teamwork und in kürzester Zeit funktionieren. Dies ist nach Einschätzung der **SPD-Fraktion** nur durch die Feuerwehr gewährleistet.

Nach Einschätzung der **SPD-Fraktion** kann Notfallrettung nicht nur auf die Bereitstellung moderner Rettungswagen beschränkt werden, sondern ist eine vielseitige Leistung für die Sicherheit der Bevölkerung. Zur Zeit werden alle Feuerwachen im Rahmen eines langfristigen Investitionsplanes modernisiert. Sind diese Bauprojekte nun überflüssig geworden? Nach Recherchen der **SPD-Frak-**

tion wurden Privatisierungen in anderen Städten aufgekündigt und die Rettung wieder der Feuerwehr übertragen. Insbesondere bei Großeinsätzen mit Menschenrettung fehlten den Privaten und

auch den Hilfsdiensten Personal und Fahrzeuge. Auch Risiken im Falle einer Insolvenz sind nicht zu verantworten.

“In Notfällen zählt jede Minute. Die Feuerwehr kann das und verfügt über das Wissen und entsprechende Erfahrung. Wer diese Leistung zugunsten privater Anbieter opfert, handelt unverantwortlich. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern eine hervorragende Notfallrettung schuldig und machen uns mit-schuldig, wenn nur ein Mensch wegen möglicher Zuständigkeitsprobleme zwischen Privat und Staat zu Schaden kommt”, so **Guido Mevissen**.

Zukunft der Verbraucherzentrale in Mönchengladbach ungewiss

Mit deutlicher Kritik an der Landesregierung hat der **SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Beine** auf die Meldung reagiert, dass die Beratungsstelle Mönchengladbach von der Schließung bedroht ist. Hintergrund: Der Landtag hat mit FDP/CDU-Mehrheit eine Kürzung der Zuschüsse für die Verbraucherberatung NRW um etwa eine Millionen Euro



beschlossen. Nun sieht sich die Verbraucherzentrale NRW gezwungen, bis zu fünf Standorte zu schließen. Auch die Verbraucherzentrale in Mönchengladbach ist hiervon bedroht. **Lothar Beine:** “Die Bera-

tungsstelle an der Bahnhofstraße ist für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt eine wichtige Anlaufstelle.

Die Stadt Mönchengladbach ist für die Verbraucherzentrale in der Vergangenheit immer ein verlässlicher Partner gewesen. Daher ist die Stadt bereit, ihre Verpflichtungen in Höhe von rund 110.000 Euro jährlich für die Beratungsstelle zu erfüllen. Dieser Ratsbeschluss ist allerdings an die Maßgabe gekoppelt, dass das Leistungsangebot in der bisherigen Qualität bestehen bleibt. Ansonsten würden die Kürzungen des Landes durch die Stadt finanziert, was angesichts der schwierigen Haushaltslage nicht möglich ist.

Lothar Beine: “Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt es viele Anfragen von Verbrauchern und ich hoffe, dass die hiesige Beratungsstelle erhalten bleibt. Verlierer dieser FDP/CDU-Landespolitik seien

insbesondere die Menschen, die sich keine teuren Beratungen leisten könnten.”

RatAktuell 02/2006

Auflage: 2000

Herausgeber:
SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/92490-30
Fax: 02166/92490-34
Mail: spdratmg@online.de
Internet: www.spd-mg.de

Redaktion:
Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)
Lothar Beine
Bildernachweis:
pixelpquelle.de S.2,3; Stadt MG, SPD

**Neue Anschrift?
Neuer Interessent?
Bitte wenden Sie sich an
obige Adresse!**